



02/2021

fördewind

DIE GRÜNEN IM NORDEN



fördewind

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Freund*innen,



der Sommer ist da und mit ihm nicht nur höhere Temperaturen, sondern auch niedrige Inzidenzen, mehr Öffnungen, Sport, Gesang und Kultur. Immer mehr Menschen sind geimpft, was insbesondere älteren Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen wieder mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Aber: Noch ist Corona nicht überstanden, deshalb dürfen wir nicht übermütig werden. Wir alle wollen einen weiteren Lockdown vermeiden und das geht nur, wenn wir uns gemeinsam weiterhin an die Hygieneregeln halten. Trotzdem zieht mit dem Sommer auch wieder mehr Lebensfreude bei uns ein und die Kraftreserven, die bei den meisten von uns vollkommen aufgebraucht sind, können endlich wieder aufgeladen werden – im Garten, am Strand, auf dem Fahrrad, in Gesellschaft.

In der letzten Grünen Welle habt ihr bereits einen Beitrag zur Zukunft des Wohnens lesen können. Im Nachgang zum damals bereits erwähnten Innentag hat Joschka Knuth nun einen Beitrag zur Zukunft der Innenstädte geschrieben. Wie wir uns lebenswerte Städte in der Zukunft vorstellen, erfahrt ihr auf Seite 16.

Zu unserer Grünen Vision für eine lebenswerte Stadt gehört auch eine lebendige Kulturszene. Eine Szene, die es während Corona besonders hart getroffen hat. Mehr dazu könnt ihr dazu auf Seite 15 in Marlies Fritzens Beitrag zu Kultur in der Pandemie lesen.

Leider hat Corona an vielen Stellen auch zur Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten geführt. Um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland eine Studienstarthilfe für Studienanfänger*innen aus einkommensschwachen Familien beschlossen. Zu verdanken ist dies vor allem Lasse Petersdotter, der euch die wichtigsten Infos dazu auf Seite 18 zusammengefasst hat.

Uns erwartet ein spannender Sommer und Herbst. Die politischen Diskussionen drehen sich um unsere Konzepte. Die nicht politischen um unsere Kanzlerkandidatin.

Wir stehen im Mittelpunkt. Das müssen wir als Chance sehen und unsere Politik erklären. Denn nur mit Grüner Politik können wir dieses Land für die nächste Generation klarmachen.

Herzlichst, Eure

Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende



KUNST IN ZEITEN DER PANDEMIE

Marlies Fritzen, kulturpolitische Sprecherin

First in, last out – das ist das Schicksal der Kultur- und Kreativbranche seit Beginn der Corona-Pandemie im Land. Sie wurde als erste geschlossen und darf als letzte mit starken Einschränkungen wieder an den Start gehen.

First in, last out ist dabei gerade in dieser Situation auch fatal, in der eine offene und vielfältige Gesellschaft über grundlegende Fragen wie Gesundheitsschutz und Freiheitsrechte der Bevölkerung ringt. Denn es ist ja nicht allein die Sorge, krank zu werden oder andere anzustecken, die uns Menschen ausmacht. Es ist auch die notwendige Verständigung darüber, wie wir miteinander auch und gerade in solch krisenhaften Zeiten umgehen. Raum dafür bieten Kunst und Kultur, in denen sich gesellschaftlicher Diskurs und soziale Teilhabe und Entwicklung spiegeln. Kunst und Kultur sind nicht elitärer Luxus, sondern – wie es die Mitglieder der Musikhochschule Lübeck formulierten – „lebensrelevant“.

Menschen leben eben nicht vom Brot allein, sondern von der gegenseitigen Ansprache und dem geistigen Austausch. Und der ist nicht ersetzbar, schon gar nicht allein digital erschöpfend. Das gemeinsame Erleben, Zuhören, Staunen, Erkennen lässt sich nie in ein binäres Schema pressen. Der Moment des ausklingenden Tons bei einem Konzert oder der gemeinsamen Stille bevor der Applaus anhebt ist tiefes Erleben und echtes Gefühl, das sich nicht streamen lässt.

Kunst muss frei sein, unabhängig und offen für Wagnisse. Experimentieren und sich hinaus begeben in unbequeme, unerforschte, unsichere Welten. Die Bretter, die diese Welt bedeuten, haben kein Netz und doppelten Boden. Aber gleichwohl leben Künstler*innen nicht von der Hand in den Mund. Sie brauchen Einkom-

men und müssen sich absichern können. Das ist ein immanenter Widerspruch, der sich nicht auflösen lässt. Die Unabhängigkeit, die Selbstständigkeit ist für viele Kreative konstitutiv für ihren Beruf. Dies passt mit unseren gängigen Sozialversicherungen oft nicht überein.

Die Kulturhilfen des Bundes und des Landes fangen einiges auf, lösen aber das grundlegende Problem nicht. Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, was uns Kunst und Kultur wert sind. Schöne Sonntagsreden helfen hier nicht weiter. Wir brauchen endlich eine bessere soziale Absicherung für freischaffende Künstler*innen, die auch in Krisenzeiten ihre freie Arbeit weiter ermöglicht. Die sozialen Sicherungssysteme müssen für Freiberufler*innen und Solo-Selbständige geöffnet werden. Grundsätzlich ist es nämlich so, dass sie sich auf Antrag nur dann gegen Arbeitslosigkeit versichern können, wenn sie zuvor zwei Jahre abhängig beschäftigt waren und zwölf Monate Pflichtbeiträge gezahlt haben. Das passt aber für viele Berufsbiographien in diesen Bereichen überhaupt nicht – für Menschen nämlich, die direkt nach Studium oder Ausbildung frei arbeiten, oft übrigens auch, weil es gar keine abhängig-beschäftigten Arbeitsplätze gibt. Künstler*innen, die sich in der Corona-Krise mit anderen Jobs über Wasser halten müssen, drohen zudem aus der Absicherung der Künstler*innensozialkasse zu fallen.

Die nächste Bundesregierung muss dieses Thema ernsthaft aufnehmen und im Sinne einer besseren Absicherung für Freiberufler*innen im Rahmen einer breit gestützten Bürger*innenversicherung lösen.



MACHEN WIR UNSERE INNENSTÄDTE FIT FÜR DIE ZUKUNFT - DER GRÜNE INNENSTADTGIPFEL

Joschka Knuth, wirtschaftspolitischer Sprecher

Unsere Innenstädte müssen sich vielerorts neu erfinden. Das haben nicht erst die Corona-Pandemie und die damit verbundenen massiven Einschränkungen für Einzelhandel, Gastronomie und Kultur deutlich gemacht. Deshalb haben wir als Landtagsfraktion am 5. März einen großen Innenstadtgipfel veranstaltet. Wir haben in insgesamt drei Panels und einer Abschlussdiskussion ausführlich und aus vielfältigen Perspektiven über die Zukunft unserer Innenstädte beraten.



wir die vielen Anregungen in unseren verschiedenen Arbeitskreisen auf. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass einige Ideen auch für das Wahlprogramm interessant sind und vieles schon heute auf kommunaler Ebene aufgegriffen werden kann.

Deshalb fasse ich die wichtigsten Erkenntnisse unseres Innenstadtgipfels entlang der drei thematischen Panels hier für euch zusammen:

Panel 1: Städte als Orte des Wirtschaftens, Arbeitens und Wohnens

Insbesondere durch ein verändertes Konsumverhalten

Der Innenstadtgipfel zum Nachschauen. Ihr könnt den Innenstadtgipfel auf der YouTube-Seite der Landtagsfraktion weiterhin nachschauen. Ihr findet die Veranstaltung über den folgenden Link: <https://www.youtube.com/ltshgruene>

Vorträge von Sabine Djahanschah (Deutsche Bundesstiftung Umwelt), Dr. Julia Körner (IHK Kiel), Ulrich Bähr (Coworkland), Alexander Blazek (Haus & Grund), Christine Ellen (Home United)

Wenn wir es mit der Zukunftsgestaltung ernst meinen, braucht es in den Städten integrierte Entwicklungskonzepte und Förderkonzepte zum Städtebau, die die integrierte und multi-funktionale Entwicklung von Innenstädten ermöglichen. Als Landtagsfraktion greifen

und den zunehmenden Trend zum Online-Handel hat der großflächige Einzelhandel vielerorts an Bedeutung für die Innenstädte verloren. Gleichzeitig sind gerade in unseren Mittelstädten kleine, inhabergeführte Geschäfte die Anker für attraktive

Fußgänger*innenzonen. Dem Handel kommt damit weiterhin eine große Bedeutung zu. Hinzu kommen vermehrt gastronomische und kulturelle Angebote. Um Innenstädte für diese Nutzungen attraktiv zu halten, hat sich deutlich gezeigt, dass Qualität vor Quantität geht. Insbesondere nachhaltige, regionale Angebote steigern die Angebotsqualität in den Städten.

In den vergangenen Jahren ist zudem der Bedarf an innenstadtnahem Wohnraum, an Arbeitsplätzen und zusätzlichen Angeboten der Daseinsvorsorge, des täglichen Bedarfs und der Freizeitgestaltung gestiegen. Viele moderne Innenstädte bieten deshalb zusätzlich Raum für Kitas, Arbeitsplätze und Sport-Angebote. Durch die Schaffung von Wohnraum in Innenstädten in Verbindung mit einer breiteren Nutzungsmischung gelingt es, Innenstädte auch außerhalb von Ladenöffnungszeiten belebt zu halten.

Panel 2: Innenstädte, Klima und Umwelt

Natur- und Umweltschutz, Klimaschutz- und Klimaanpassung sowie der Schutz der Artenvielfalt machen in

- Vorträge von Katharina Klindworth (Our Common Future Consulting Hamburg), Dr. Carlo Becker (bgmr Landschaftsarchitekten), Prof. Dr. Helmut Offermann (TH Lübeck), Gesine Strohmeier (ZVO Energie), Merlin Michaelis (BUND), Annika Levels (Urbanizers)

den kommenden Jahren massive Anpassungen der städtischen (Infra-)Strukturen notwendig. Diese Anpassungen sollten möglichst integriert betrachtet und als Chance gesehen werden, um innerstädtische Räume insgesamt ökologischer und lebenswerter zu gestalten.

Steigende Temperaturen, zunehmende extreme Niederschlagsereignisse und der Artenschwund erfordern beispielsweise zusätzliche Grünflächen als Temperaturpuffer, als Retentionsflächen, städtische „Schwämme“ und als Lebensraum für Insekten. Diese Grünflächen können jedoch nicht nur praktischen Nutzen haben, sondern auch die Lebensqualität der Bürger*innen als entkommerzialisierter Erholungsräume steigern.

Damit nicht die Flächenkonkurrenz in den Städten steigt, ist es erforderlich, bei Neubauten schon heute verstärkt Auflagen zur Begrünung von Dächern, Fassaden und Freiflächen zu machen.

Panel 3: Innenstädte als Lebensraum

- In der Vergangenheit wurden Städte entlang von Verkehrswegen und entlang ihrer Nutzung geplant. Dabei
- Vorträge von Henriette Vamberg (Gehl Architects Kopenhagen), Dr. Annegret Haase (Helmholtzzentrum für Umweltforschung), Naomi Alcaide (Doktorandin Universität Kopenhagen)



wurden Verkehrswege für Autos optimiert und oftmals ausschließlich in ihrem Zweck als Verkehrsweg betrachtet und entsprechend gestaltet. Dabei zeigen uns Städte wie Kopenhagen oder Groningen schon lange, wie wirkungsvoll eine Stadtraumplanung sein kann, die den Menschen mit all seinen Sinneswahrnehmungen in den Fokus nimmt. Neben den Nutzungen und Funktionen der Städte, neben den vielen externen Faktoren und Herausforderungen braucht es auch eine gestaltende Perspektive, die die Qualität öffentlicher Räume als Kriterium für lebenswerte Städte in den Fokus nimmt.

Darüber hinaus haben wir spannende Beispiele gesammelt, wie durch eine aufsuchende Beteiligung der Bürger*innen, um alle Menschen zu erreichen und einzubinden, die Qualität und Akzeptanz von städtebaulichen Maßnahmen steigt.

Grüne Punkte für lebenswerte, zukunftsfähige Innenstädte (Auswahl):

.....
 • **Literatur-Tipp:**
 • Jan Gehl: Städte für Menschen.
 • ISBN 978-3-86859-356-3

- Eine integrierte Innenstadtplanung als Grundlage künftiger Entwicklungen und Entscheidungen, beispielsweise durch integrierte Stadtentwicklungskonzepte;
- Mobilitätskonzepte, die Mobilität und Mobilitätsräume aus Sicht der Menschen, nicht der Autos denken und planen;
- Etablierung des Schwammstadtkonzeptes, um unsere Städte fit für den Klimawandel zu machen;
- Nutzungsmischung und Qualität für die Stärkung der regionalen Wirtschaft statt Kommerzmaximierung und Downtrading in Innenstadtlagen;
- Städte für alle Menschen – soziale Wohnraumförderung ausbauen und nutzen;
- Ressourcen- und Flächenschutz durch Umnutzung und Nachverdichtung;
- Beteiligung ernst meinen – alle Menschen mitnehmen.

STUDIENSTARHILFE - MEHR GERECHTIGKEIT BEI DER FINANZIERUNG DES STUDIENSTARTS!

Lasse Petersdotter, hochschulpolitischer Sprecher

Wer ein Studium beginnt, muss mit hohen Kosten für den Start rechnen. Das betrifft alle Studierenden und ihre Eltern. Bei einigen fällt diese Belastung allerdings besonders ins Gewicht. Die Semesterbeiträge an den Hochschulen sind in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Hauptursache dafür ist der gestiegene Preis für das Semesterticket. So kommt es zu Semesterbeiträgen von insgesamt rund 250 Euro. Kinder von Hartz-IV-Empfänger*innen dürfen allerdings mo-

natlich nicht mehr als 100 Euro verdienen. Von jedem weiteren Euro müssen 80 Cent abgegeben werden. So entsteht durch den Semesterbeitrag, erste Anschaffungen, Mietkaution und den Start des Studiums eine besonders schwierige finanzielle Situation.

Nehmen wir den aktuellen Semesterbeitrag und Lebenshaltungskosten von Studierenden gemäß der Sozialerhebung von 2016, ergeben sich folgende **Startkosten:**

Sem.beitrag	Wohnen	Essen	Kleidung	Tel. /Internet	Lernmittel	Freizeit/Kultur/Sport
250 €	269 - 585 €	142 - 216 €	33 - 62 €	25 - 39 €	19 - 27 €	48 - 90 €
Summe			Summe + Kaution (600 €)			Sparmodell
786 - 1.269 €			1.386 - 1.869 €			1005 €

Selbst bei einem „Sparmodell“, wo zu Beginn des Semesters auf Kleidung, Freizeit, Kultur und Sport verzichtet wird, in allen Ausgaben der geringste Betrag berechnet wird, man in einem Studierendenwohnheim unterkam und nur eine Kaution in Höhe von 300 Euro zahlen muss, beträgt die Startbelastung 1.005 Euro. Alles ohne jegliche Kosten für Umzug usw. eingerechnet.

Mit Blick darauf, dass Studierende, deren Eltern Grundversicherung erhalten, nur 100 Euro monatlich verdienen dürfen, müssten sie so die Kosten für den ersten Monat, in dem noch keine Bafög-Zahlungen erfolgen, über einen Zeitraum von 10, 13 oder 18 Monaten sparen. Allein für Semesterbeitrag, Kaution eines Studierendenwohnheims und die erste Miete müssten sie rund 8 Monate sparen.

Unser Modell

Für die Studienstarthilfe für Semesterbeitrag und materielle/technische Ausstattung können sich Studieninteressierte zur Immatrikulation an einer Hochschule im Zuständigkeitsbereich des Studentenwerks Schleswig-Holstein bewerben, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die die erstmalige Immatrikulation an einer Hochschule anstreben und die weder ein Stipendium noch eine Beihilfe von anderer Stelle für den Verwendungszweck erhalten.

Außerdem müssen Antragssteller*innen nachweisen, dass sie allein oder über eine Bedarfsgemeinschaft Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung, Eingliederungshilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, oder dass ihre Eltern für sie einen Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG erhalten. Ebenso sind Personen, die in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder in Pflegefamilien leben, antragsberechtigt.

Die vergebene Summe von maximal 800 Euro kann einmalig bezogen und muss nicht zurückgezahlt werden. Die Auszahlung der Mittel erfolgt über das Studentenwerk Schleswig-Holstein.

Unser Erfolg

Mit dem Haushalt 2021 haben wir dieses Modell auch mit Geld hinterlegt. Zum Wintersemester 2021/22 kann also die Studienstarthilfe beantragt werden!

Gerne weitersagen!



Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de | Redaktion und Gestaltung: Nicole Walter.

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh | Redaktion: Ole Liepolt (V.i.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch.
Juli 2021